

Pressedienst Nr. 16429  
Mittwoch, 07. Dezember 2022

Totschnig hielt ersten Bericht zur nationalen Lebensmittelversorgung . . . . .	1
EU einigt sich auf entwaldungsfreie Lieferketten für mehr Klimaschutz . . . . .	2
Österreich soll EU-Vorreiterrolle in biologischer Landwirtschaft weiter festigen . . . . .	3
Internationaler Milchmarkt: GlobalDairyTrade-Index verzeichnet leichtes Plus . . . . .	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Totschnig hielt ersten Bericht zur nationalen Lebensmittelversorgung

### Seriöse Informationen schaffen Vertrauen und Sicherheit

Wien, 7. Dezember 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** hat heute, Mittwoch, seinen ersten Bericht zur nationalen Lebensmittelversorgungssicherheit im Ministerrat gehalten. Wie angekündigt, will Totschnig quartalsmäßig über aktuelle Entwicklungen zur Versorgungslage mit Lebensmitteln im Ministerrat informieren. "So schaffen wir Vertrauen und Sicherheit. Der Russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in den Fokus gerückt. Derzeit muss sich in Österreich niemand Sorgen machen", erklärte Totschnig. Die Berichte werden Informationen zur Versorgungslage mit Lebensmitteln in Österreich entlang der gesamten Wertschöpfungskette enthalten. Sie geben zudem Auskunft über die allgemeine Agrarmarktlage wie auch zur Versorgungssituation mit Betriebsmitteln, zur Lebensmittelbe- und verarbeitung und zur Lage im Lebensmittelhandel.

"Die gute Nachricht ist: Die Lebensmittelversorgungslage in Österreich ist derzeit gesichert. Das verdanken wir unseren Bäuerinnen und Bauern, den Unternehmen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels wie auch funktionierenden Wertschöpfungsketten", erläuterte Totschnig. Aktuell sei im globalen Lebensmittelhandel die Situation durch gestörte Lieferketten und knappe Transportkapazitäten angespannt. "Dennoch laufen die Lebensmittelproduktion und der Lebensmittelhandel in Österreich und Europa derzeit ohne größere Störungen. Die hohen Energiekosten, die wir alle spüren, wirken sich jedoch auf die Produktionskosten entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft aus. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Bäuerinnen und Bauern unterstützen", so Totschnig und verwies auf das 110 Mio. Euro Versorgungssicherungspaket, das noch heuer an Bauern ausgezahlt wird, die 9 Mio. Euro für den geschützten Anbau, die bereits im September ausgezahlt wurden, oder den 120 Mio. Euro Stromkostenzuschuss für die Landwirtschaft, der im kommenden Jahr wirksam wird.

### Versorgungslage in Österreich

Für eine gesicherte Lebensmittelversorgungslage sei nicht nur die Verfügbarkeit der produzierten Lebensmittel wichtig, sondern auch die Versorgung entlang der gesamten Wertschöpfungskette, wie etwa die Versorgung mit ausreichend Futtermitteln. Laut Totschnig sind die Futtermittelpreise beispielsweise bei Mais derzeit um rund 35% höher als im Vorjahr. Die Verfügbarkeit ist in Österreich jedoch gut und stabil, da der Eigenfutteranteil in den meisten Bereichen (Rinder-, Milch- und Schweineproduktion) mit über 80% sehr hoch ist. Es müssen daher wenig Futtermittel zugekauft werden, erläuterte der Minister in seinem Vortrag.

Die Erntemenge von Hartweizen liege heuer um 7% über dem Fünfjahresdurchschnitt und um 8% über dem schwachen Vorjaheresergebnis. Besonders große Produktionszuwächse von +31% weise heuer der Hartweizen auf.

Die Versorgung mit tierischen Produkten sei aufgrund des hohen Selbstversorgungsgrades ebenfalls gesichert. "Die Konsumenten halten besonders BIO-Produkten die Treue. Der Bio-Markt weist über die ersten drei Quartale 2022 eine wertmäßige Steigerung von 2,8% auf", so Totschnig.

Der Selbstversorgungsgrad in Österreich liege deutlich über oder nahe an 100%: 94% bei Getreide, über 100% bei Wein, 90% bei Kartoffeln, 177% bei Trinkmilch, 145% bei Rind- und Kalbfleisch sowie 106% bei Schweinefleisch.

"Unser aller Ziel muss sein, dass unsere bäuerlichen Familienbetriebe weiter produzieren und so die Lebensmittelversorgung gewährleisten können. Denn eine Verknappung beim Angebot würde sich wiederum auf die Lebensmittelpreise auswirken", betonte Totschnig.

Der erste Bericht zur nationalen Lebensmittelversorgungssicherheit kann auf der Homepage des Landwirtschaftsministeriums abgerufen werden. (Schluss)

## EU einigt sich auf entwaldungsfreie Lieferketten für mehr Klimaschutz

Handel mit bestimmten Produkten darf nicht länger zur Abholzung beitragen

Brüssel, 7. Dezember 2022 (aiz.info). - Auf eine neue EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten haben sich das Europaparlament, die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission geeinigt. Die neuen Regeln sollen dafür sorgen, dass in der EU in Verkehr gebrachtes oder aus der EU ausgeführtes Palmöl, Rindfleisch, Soja, Kaffee, Kakao, Holz und Kautschuk von Flächen stammen, die nicht nach dem 31. Dezember 2020 entwaldet wurden. Es soll dadurch die weltweite Abholzung und Waldschädigung deutlich eingedämmt sowie die Treibhausgasemissionen und der Verlust an biologischer Vielfalt reduziert werden. "Das ist ein wichtiger Wendepunkt im weltweiten Kampf gegen die Entwaldung, unterstrich **Frans Timmermans**, Vizepräsident der EU-Kommission. Wenn wir den ökologischen Wandel in der EU vollziehen, wollen wir auch dafür sorgen, dass unsere Wertschöpfungsketten ebenfalls nachhaltiger werden."

Mit der neuen Verordnung werden strenge verbindliche Sorgfaltspflichtvorschriften für Unternehmen festgelegt, wenn sie Palmöl, Rindfleisch, Soja, Kaffee, Kakao, Holz und Kautschuk sowie daraus hergestellte Erzeugnisse (wie Möbel oder Schokolade) in der EU in Verkehr bringen oder aus der EU ausführen. Diese Rohstoffe seien auf der Grundlage einer gründlichen Folgenabschätzung ausgewählt worden, in der sie als Hauptursache für die Entwaldung aufgrund der Ausweitung der Landwirtschaft ermittelt wurden, erklärt die Kommission.

Marktteilnehmer und Händler müssen nachweisen, dass die Erzeugnisse sowohl entwaldungsfrei - d. h. auf Flächen erzeugt, die nicht nach dem 31. Dezember 2020 entwaldet wurden - als auch legal - im Einklang mit allen im Erzeugerland geltenden einschlägigen Rechtsvorschriften - sind. Die Unternehmen werden auch verpflichtet sein, genaue geografische Informationen über die landwirtschaftlichen Nutzflächen zu erheben, auf denen die von ihnen bezogenen Erzeugnisse erzeugt wurden, damit diese auf Einhaltung der Vorschriften überprüft werden können. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass die Nichteinhaltung der Vorschriften zu wirksamen und abschreckenden Sanktionen führt, gab die EU-Kommission weiter bekannt.

Die Liste der erfassten Rohstoffe werde regelmäßig überprüft und aktualisiert, wobei auch neue Daten wie sich verändernde Entwaldungsmuster berücksichtigt werden sollen.

Zudem hat die EU-Kommission ein Benchmarking-System angekündigt, bei dem die Länder oder Teile davon und ihr Risiko für Entwaldung und Waldschädigung als hoch, normal oder gering - unter Berücksichtigung der Ausweitung der Landwirtschaft bei der Erzeugung der sieben Rohstoffe und ihrer Folgeprodukte - bewertet werden. Verpflichtungen für Unternehmen hängen von der Höhe des Risikos ab. Dies werde auch dazu beitragen, die Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern bei der Eindämmung der Entwaldung zu lenken und gleichzeitig der Lage der lokalen Gemeinschaften und der indigenen Völker besonders Rechnung zu tragen, erklärte die Brüsseler Behörde.

COPA-COGECA: EU-Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden

Ursprünglich wollte das EU-Parlament auch die Maisproduktion in den Anwendungsbereich der Verordnung aufnehmen. Eine Folgenabschätzung der Kommission hätte aber ergeben, dass der deutlich höhere finanzielle und administrative Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe. Auch die Definition "nachhaltige Ernteverfahren", die im ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission enthalten war, wurde gestrichen.

"In einer Zeit, in der wir mit einer Reihe von Krisen auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten auf EU-Ebene und international konfrontiert sind sowie Getreideproduzenten und Tierhalter unter Druck stehen, wäre eine weitere Erhöhung der finanziellen und administrativen Belastung für sie nicht hinnehmbar gewesen", begrüßt COPA-COGECA, der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaft, dass Mais nun doch noch nicht Bestandteil der Verordnung ist.

"Die Umsetzung dieser Verordnung sollte weder die Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie der Forstwirtschaft in der EU gefährden noch die Rohstoffversorgung beeinträchtigen", stellte COPA-COGECA klar. (Schluss)

## Österreich soll EU-Vorreiterrolle in biologischer Landwirtschaft weiter festigen

Totschnig lud zur Bio-Enquete

Wien, 7. Dezember 2022 (aiz.info). - Österreich soll Bioland Nummer Eins in Europa bleiben, ist das erklärte Ziel von Bundesminister **Norbert Totschnig**, der gestern, Dienstag, zur jährlichen Bio-Enquete eingeladen hatte, an der auch Bio Austria Obfrau **Gertraud Grabmann** und Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** teilgenommen haben. Die EU-Vorgabe, die Bio-Flächen in Europa bis 2030 auf 25% auszuweiten, hat Österreich mit einem Anteil von aktuell 26% bereits erreicht. Weshalb Totschnig eine Ausweitung des Bio-Flächenanteils auf 30% bis 2027 anstrebt. Gelingen soll das mit dem "Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft 2023" im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik. Zum Aktionsprogramm gehört unter anderen die Unterstützung der Green-Deal-Ziele, die Berücksichtigung der Maßnahmen des EU-Bioaktionsprogrammes, die Umsetzung der Bio-Verordnung 2018/848 wie auch die Steigerung der Nachfrage nach Bio-Produkten.

"Österreich ist Bioland Nummer Eins in Europa und unser Ziel ist, dass das auch so bleibt", betonte Totschnig. Der Weg dorthin führe über die neue Gemeinsame Agrarpolitik, in der die biologische Produktion eine wichtige Rolle spiele. Dafür stehen Unterstützungsmaßnahmen im Ausmaß von rund

550 Mio. Euro jährlich zur Verfügung. Zudem wird Bio auch wieder als eigene Maßnahme im Umweltprogramm ÖPUL bestehen.

"Mehr als 10% der gekauften Lebensmittel sind bio. Wir beobachten, dass Konsumentinnen und Konsumenten diesen Produkten trotz allgemein gestiegener Preise die Treue halten. Wer regional kauft, stärkt unsere bäuerlichen Familienbetriebe, schützt die Umwelt durch kürzere Transportwege und die Wertschöpfung bleibt im Land", appellierte der Landwirtschaftsminister.

Grabmann: Stärkung von Bio erfordert abgestimmten Einsatz verschiedener Maßnahmen

"Die Bio-Landwirtschaft ist ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele des Green Deals. Es gilt sie entsprechend kontinuierlich zu stärken und auszubauen. Das erfordert den abgestimmten Einsatz eines Bündels an unterschiedlichen Maßnahmen und Instrumenten. Das Bio-Aktionsprogramm spricht viele dieser Instrumente an und leistet so einen wesentlichen Beitrag, um Bio auf nationaler Ebene weiterzuentwickeln und die Bio-Vorbildrolle innerhalb Europas zu erhalten. Als Bio-Verband ist es uns ein Anliegen zur Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen des Bioaktionsprogramms beizutragen - von Beratungs- und Bildungsangeboten für Bäuerinnen und Bauern bis hin zur Information der KonsumentInnen über die Vorzüge der Bio-Landwirtschaft für Umwelt und Gesellschaft", betont Bio Austria Obfrau Gertraud Grabmann.

"Der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln liegt in Österreich trotz allgemein hoher Teuerung mengenmäßig weit über dem Vergleichszeitraum 2019 und 2020, und nur marginal hinter dem Rekordumsatzjahr 2021. Dass Bio-Lebensmittel in Österreich in Zeiten der Teuerung einen derart stabilen Absatz vorweisen ist neben dem hohen Umwelt- und Qualitätsbewusstsein der ÖsterreicherInnen und anderen Faktoren auch auf die Maßnahmen des Bioaktionsprogramms zurück zu führen. Diese Arbeit gilt es nun konsequent fortzusetzen, um Marktstabilität zu erhalten und das im Bioaktionsprogramm begrüßenswerter Weise gesetzte Ziel von 35% Bio-Anteil bis 2030 zu erreichen. Da auf dem Weg dorthin laufende Evaluierungsmaßnahmen erfolgen, um gegebenenfalls Maßnahmen nachbessern zu können, bin ich sehr optimistisch, dass wir das Ziel gemeinsam meistern werden", so Grabmann.

Moosbrugger: Ausgewogener Dreiklang aus Angebot, Absatz und Nachhaltigkeit wichtig

"Der österreichischen Agrarpolitik ist es bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) trotz höherer Anforderungen im Umweltbereich gelungen, praktikable und zukunftsweisende Rahmenbedingungen auch für den heimischen Biosektor zu erreichen. Die Mittel konnten sogar aufgestockt werden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt jedoch eine erhebliche Herausforderung für unsere Biobetriebe dar. Hohe Qualität und regionale Herkunft mit guten Erzeugerpreisen müssen jedenfalls weiterhin unser zentrales Credo in der Landwirtschaft sein. Dieser Weg, mit dem wir bisher sehr erfolgreich waren, muss auch im Marketing entsprechend unterstützt werden. Es gilt, den Menschen zu vermitteln, wie sie selbst - genauso wie Umwelt und Tierwohl - von unseren hohen Standards profitieren."

"Wir wollen, dass unsere Biobäuerinnen und Biobauern ihre Höfe weiterhin ökologisch bewirtschaften können, wenn sie das wollen und entsprechende Voraussetzungen mitbringen. Angesichts der enormen Kostensteigerungen braucht es aber einen besseren Wertschöpfungsanteil, der unsere Betriebe 'leben' lässt. Es muss ganz zentral im Fokus des Bio-Aktionsprogramms stehen, die Märkte in Europa bzw. Österreich genau im Auge zu behalten bzw. in alle Überlegungen einzubeziehen,

insbesondere, wenn es um das Thema Bioflächenausweitung geht. Das Wichtigste für Biobauern und Versorgungssicherheit ist ein ausgewogener Dreiklang aus Angebot, Absatz und nachweisbarer Nachhaltigkeit, wie im EU-Bio-Aktionsplan vorgesehen." (Schluss)

## **Internationaler Milchmarkt: GlobalDairyTrade-Index verzeichnet leichtes Plus**

Notierung für Buttermilchpulver legt deutlich zu

Auckland, 7. Dezember 2022 (aiz.info). - An der internationalen Handelsplattform GlobalDairyTrade (GDT) konnten die Notierungen der gehandelten Molkereiprodukte beim jüngsten Event in Summe um 0,6% leicht zulegen. Es war dies die zweite Steigerung in Folge. Mit Ausnahme von Butter und Laktose wurden alle in dem Index berücksichtigten Milchprodukte höher bewertet. Der GDT-Gesamtindex bildet eine Bandbreite verschiedener Molkereiprodukte sowie Kontrakt-Zeiträume ab und gilt als wichtiger Indikator für die Entwicklung am internationalen Milchmarkt.

Im Detail erhöhte sich gestern, Dienstag, der Index für Buttermilchpulver um 4,7% auf 2.979 USD/t (2.828 Euro), für Cheddar-Käse um 1,8% auf 4.826 USD/t (4.581 Euro), für wasserfreies MilCHFett (Butteröl) ebenso um 1,8% auf 5.797 USD/t (5.503 Euro) sowie für Magermilchpulver um 1,7% auf 3.102 USD/t (2.945 Euro). Für Vollmilchpulver, dem Leitprodukt dieser Auktion, betrug die Steigerung lediglich 0,1% auf 3.400 USD/t (3.228 Euro). Verluste um 1,9% auf 4.725 USD/t (4.485 Euro) wurden für Butter sowie um 0,8% auf 1.222 USD/t (1.160 Euro) für Laktose verzeichnet. Nicht angeboten wurde Molkenpulver.

In Summe wurden beim jüngsten GDT-Event Molkereiprodukte im Umfang von 29.570 t verkauft, damit fiel die Menge etwas höher als bei der vorhergehenden Auktion (28.980 t) aus. Die Zahl der teilnehmenden Bieter sank von 161 auf 158. (Schluss) hub